




Armenien

Länderinformation

 Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 Austrian
Development
Agency

Einleitung

Seit 2011 ist Armenien ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Programme und Projekte konzentrieren sich auf den Sektor Landwirtschaft sowie auf verantwortungsvolle lokale Regierungsführung als Querschnittsthema.



BASISDATEN

Staatsform	Republik
Fläche	29.800 km ² (Weltrang 139)
Einwohnerinnen und Einwohner (2020)¹	2,96 Mio.
Hauptstadt	Jerewan
Staatspräsident	Armen Sarkissian (seit April 2018)
Ministerpräsident	Nikol Paschinjan (seit Mai 2018)
Größte Parteien	Mein-Schritt-Allianz, 88 Sitze; Blühendes Armenien, 26 Sitze; Leuchtendes Armenien 18 Sitze
Bevölkerung	98,1 % armenisch, 1,2 % jesidisch, 0,1 % kurdisch, 0,4 % russisch, weiters assyrisch, georgisch, ukrainisch und griechisch
Sprachen	Armenisch (Amtssprache), Russisch, Minderheitensprachen
Religionen	Armenisch-apostolische Kirche („Gregorianer“); Minderheiten von Armenisch-Katholischen, Russisch-Orthodoxen, Jesiden, Protestanten u.a.
BIP/Kopf (2019)²	4.655 US-Dollar
Jährliches Wachstum des BIP(2019)³	7,6 %
Armut (2019)⁴	26,4 % leben unter der nationalen Armutsgrenze
HDI (Human Development Index)^{***}	0,76; 81. Stelle von 189 (2019)

¹ https://armstat.am/file/article/nasel_01.01.2020.pdf

² <https://www.worldbank.org/en/country/armenia/overview>

³ <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?locations=AM>

⁴ https://www.armstat.am/file/article/poverty_2020_a_2..pdf

Politische Situation

Im April 2018 kam es in Armenien zur sogenannten samtenen Revolution, die durch vorgezogene Parlamentswahlen im Dezember 2018 demokratisch legitimiert wurde. Der neue Premierminister Nikol Paschinjan und sein Bündnis "Mein Schritt" (Im Qayl) erhielten 70,4 Prozent der Stimmen und damit mit 88 von 132 Sitzen die entscheidende Mehrheit im Parlament. Die beiden anderen Parteien „Blühendes Armenien“ und „Helles Armenien“ bilden die Opposition.

Das Jahr 2020 war von der COVID-Pandemie und dem Wiederaufflammen des Berg-Karabach-Konflikts geprägt. Die militärische Niederlage Armeniens und die Unterzeichnung des von Russland vermittelten trilateralen Waffenstillstandsabkommens lösten eine politische Krise in Armenien aus. Armenien hatte hohe Verluste erlitten und musste auch Gebiete rund um und Teile von Berg-Karabach räumen. Nichtsdestotrotz blieb Ministerpräsident Paschinjan im Amt. Die politische Situation bleibt jedoch sowohl außen- als auch innenpolitisch angespannt. Für den 20. Juni 2021 sind vorgezogene Parlamentswahlen angesetzt.

Internationale Beziehungen und Nachbarschaftspolitik

Mit Georgien im Norden und dem Iran im Süden verbindet Armenien eine gute Nachbarschaft. Das Verhältnis zur Türkei im Westen sowie zu Aserbaidschan im Osten und Südwesten ist hingegen von tiefen Konflikten geprägt. Es bestehen keine diplomatischen Beziehungen zu den beiden Ländern.

Die Europäische Union (EU) ist an Stabilität und Sicherheit in Armenien und im gesamten Südkaukasus interessiert und unterstützt im Rahmen der Östlichen Partnerschaft wirtschaftliche und politische Reformen in der Region.

Im Jahr 2013 trat Armenien der von Russland dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion bei. Trotz der starken Ausrichtung der armenischen Wirtschaft auf Russland strebte Armenien eine enge Anbindung an die EU an. Das umfassende und erweiterte Kooperations- und Partnerschaftsabkommen (CEPA) wurde im Rahmen des Gipfels der Östlichen Partnerschaft am 24. November 2017 in Brüssel unterzeichnet und trat am 1. März 2021 in Kraft. Das Abkommen hebt die bilateralen Beziehungen zwischen Armenien und der EU auf eine neue Ebene. Es regelt die Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Bereichen wie Politik, Wirtschaft und Handelsbeziehungen.

Berg-Karabach-Konflikt

1920 wurde die mehrheitlich von (christlichen) Armenierinnen und Armeniern besiedelte Region zu einem autonomen Gebiet innerhalb der von (muslimischen) Aseris dominierten Aserbaidschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik. 1991 erklärten Armenien und Aserbaidschan ihre Unabhängigkeit. Kurze Zeit später erklärte auch Berg-Karabach seine Unabhängigkeit von Aserbaidschan. 1992 kam es um Berg-Karabach zum offenen Krieg mit vielen Toten und Vertriebenen. Seit 1994 galt ein – wenn auch brüchiger – Waffenstillstand. Am 27. September 2020 flammte der blutige Konflikt wieder auf. Am 10. November 2020 trat ein von Russland vermitteltes trilaterales Waffenstillstandsabkommen in Kraft. Es überträgt Aserbaidschan die Kontrolle über sieben Bezirke um Berg-Karabach und über etwa ein Drittel des Territoriums von Berg-Karabach und sieht die Überwachung durch russische Friedenstruppen vor.

Fast die Hälfte der Bevölkerung von Berg-Karabach floh während des Krieges nach Armenien, viele leben weiter in gemeinschaftlichen Zentren, Wohnheimen oder bei Verwandten in Armenien, oft unter harten Bedingungen. Die Bedürfnisse der Geflüchteten sind vielfältig und reichen von dringendem Bedarf an Lebensmitteln, Bargeld und Heizung bis hin zu solchen, die längerfristige Lösungen benötigen, wie Beschäftigung oder auch psychologische Unterstützung.

Menschenrechtssituation

Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit sind in der armenischen Verfassung verankert und das Land hat erhebliche Fortschritte in den Bereichen Demokratisierung, Menschen- und Minderheitenrechte sowie Korruptionsbekämpfung gemacht. Der Kampf gegen die Korruption ist eine der strategischen Prioritäten der Regierung, ebenso wie die Schaffung eines unabhängigen Justizsystems, gleicher wirtschaftlicher Chancen und die Respektierung von Menschenrechten. Bei den letzten Parlamentswahlen im Dezember 2018 wurden die Grundfreiheiten und Prinzipien demokratischer Wahlen eingehalten. Die Minderheiten sind im Rat der nationalen Minderheiten integriert. Das Versammlungsrecht wurde reformiert, Änderungen des Strafgesetzbuches wurden verabschiedet und das Medien- und Wahlrecht wurde modifiziert. Weitere Reformen sollen die Unabhängigkeit des Justizsystems stärken. Im Jahr 2017 wurde ein Gesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und 2019 die Nationale Gender-Strategie verabschiedet. Jedoch besteht weiterer Handlungsbedarf in Bezug auf die Rechte von Frauen und von Minderheiten. 2020 wurden die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung auf Grund des COVID-19-Notstands und des wegen des Konflikts ausgerufenen Kriegsrechts eingeschränkt und einige der begonnenen Reformprojekte kamen zu einem Stillstand. Beide Seiten des Konflikts um Berg-Karabach setzten in dicht besiedelten Gebieten schwere Waffen mit großflächiger Wirkung ein, darunter ballistische Raketen und ungenaue Raketenartillerie-salven, die zivile Todesopfer, Verletzte und weitreichende Schäden verursachten. Die Verletzung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts führten zu einer Staatenbeschwerde Aserbaidschans gegen Armenien vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof, die dort – ebenso wie eine Gegenklage Armeniens – noch anhängig ist.

Wirtschaft

Vor der Unabhängigkeit waren Industrie und Landwirtschaft die dominierenden Wirtschaftszweige des Landes. 2019 belief sich der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf etwa 11,99 Prozent und der Anteil des Produktionsbereiches auf etwa 24,29 Prozent. Bereits 54,23 Prozent des BIP werden im Dienstleistungsbereich erwirtschaftet.⁵ Der Tourismus bietet ebenfalls Chancen für das Land. Als Wachstumssektor muss die notwendige Infrastruktur aber erst stark ausgebaut werden.

Die Liberalisierung der Wirtschaft ab 1994 brachte Armenien einen Aufschwung. Die globale Wirtschaftskrise führte jedoch zu einem massiven Einbruch der Exporte und Direktinvestitionen. Überweisungen der 5 bis 7 Millionen im Ausland lebenden Armenierinnen und Armenier machen rund 12 Prozent des BIP aus. Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2019 belief sich auf etwa 7,6 Prozent. Das war das schnellste Wachstum seit 2008.⁶

⁵ <https://data.worldbank.org/indicator/NV.SRV.TOTL.ZS?locations=AM>

⁶ https://www.imf.org/external/datamapper/NGDP_RPCH@WEO/OEMDC/ADVEC/WEOWORLD/ARM

Aufgrund der Weltwirtschaftskrise stieg die Armutsrate von 27,6 Prozent im Jahr 2008 auf 35,8 Prozent im Jahr 2010 rasant an. Der Staat reagierte mit Pensionserhöhungen und gezielten Sozialleistungen zur Unterstützung besonders bedürftiger Bevölkerungsgruppen. Dennoch lag die Armutsrate 2019 immer noch bei rund 26 Prozent.

Sowohl die Coronapandemie als auch der Krieg um Bergkarabach 2020 verursachten schwere wirtschaftliche Rückschläge. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums ging das BIP in Armenien 2020 um 8,5 Prozent zurück. Der Rückgang wurde durch eine schlechte Handelsaktivität im Jahr 2020 noch verstärkt: Die Exporte gingen um 33,5 Prozent und die Importe um 28,1 Prozent zurück. Auch die ausländischen Direktinvestitionen sanken. Mit geschätzten 178 Millionen US-Dollar blieben sie 2020 unter dem Niveau von 2019 mit 397 Millionen US-Dollar.

Nach den vorläufigen Daten des Statistischen Komitees der Republik Armenien sank die Wirtschaftstätigkeit Armeniens im Jahr 2020 um 7,5 Prozent im Vergleich zu 2019. Alle Wirtschaftssektoren, mit Ausnahme der Landwirtschaft, zeigten demnach einen Rückgang.

Reform für besseres Investitionsklima

Die Wirtschaft ist weiterhin stark durch De-facto-Monopole und deren politische Einflussnahme geprägt, auch wenn die Regierung versucht, eine Liberalisierung vorzunehmen. Ministerpräsident Paschinjan rief 2019 eine „wirtschaftliche Revolution“ aus. Diese soll das Geschäfts- und Investitionsklima stärken, aber auch steuerliche Vorteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringen. Ausländische Investitionen kamen in den letzten Jahren insbesondere aus Russland (Schienenverkehr, Bergbau, Energie und Telekommunikation), Argentinien, dem Vereinigten Königreich, den USA, Frankreich und dem Libanon.

Der Bankensektor und die IT-Industrie entwickeln sich gut. Zahlreiche Unternehmen lassen in Armenien ihre elektronischen Produkte fertigen, denn die Arbeitskräfte sind gut ausgebildet und das Lohnniveau ist niedrig.

Modernisierung der Landwirtschaft

Etwa 36 Prozent der armenischen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig (Obst, Gemüse, Tabak und Vieh).⁷ Aufgrund teils veralteter Markt- und Vertriebsstrukturen und nicht adäquaten Managements ist der Agrarsektor nicht sehr produktiv. Armenien ist daher auf Nahrungsmittelimporte angewiesen, die die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben. Die Regierung investiert seit einigen Jahren verstärkt in die Modernisierung der Landwirtschaft. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Armenien dabei.

Weitere Reformen gibt es im Gesundheitswesen, in der Wasser- und Sanitärversorgung, im Bildungs- und Ausbildungsbereich, in der Wissenschaft und Forschung sowie im Verwaltungsbereich. Die Regierung möchte mit Dezentralisierungsmaßnahmen effizientere Strukturen schaffen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind ihr dabei besondere Anliegen. Das große Gefälle zwischen der Hauptstadt Jerewan und den anderen Regionen soll durch gezielte Förderungen, private Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen beseitigt werden.

⁷ <http://www.fao.org/armenia/fao-in-armenia/armenia-at-a-glance/en/>

Zusammenarbeit mit Österreich

Der Südkaukasus ist seit 2006 Schwerpunktregion der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit 2011 sind Armenien und Georgien Schwerpunktländer. 2014 eröffnete die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ein Auslandsbüro in Jerewan. Bereits 2012 hatten Österreich und Armenien ein neues Abkommen über bilaterale Entwicklungszusammenarbeit unterzeichnet, das die Basis für die Landesstrategie Armenien 2012–2020 der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit bildet. Eine neue Landesstrategie für die Jahre 2021–2027 ist in finaler Ausarbeitung. Kooperationspartner sind staatliche Stellen, multilaterale Partner, zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen.

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (ODA) Österreichs

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)⁸ an Armenien beliefen sich von 2004 bis 2019 auf 32 Millionen Euro. Davon machte der Anteil der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)⁹ 16 Millionen Euro aus.

ODA Österreichs an Armenien, Auszahlungen in Millionen Euro

	2015	2016	2017	2018	2019
bilaterale ODA gesamt an Armenien in Mio. Euro	3,39	1,53	4,10	2,52	3,29
in % der ges. bilateralen ODA	0,48	0,17	0,77	0,61	0,83
OEZA an Armenien in Mio. Euro	1,99	1,04	2,05	1,92	2,86
OEZA an Armenien in % der ges. OEZA-Leistungen	2,16	0,88	1,54	1,67	2,30

Quelle: ADA-Statistik

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

Das übergeordnete Ziel der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Armenien ist die Verbesserung der Lebensgrundlagen und die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung durch inklusive wirtschaftliche Entwicklung und bessere Verwaltung in den benachteiligten Regionen. Die Schwerpunkte von 2021 bis 2027 sind ländliche Entwicklung sowie inklusive lokale Entwicklung durch effektive Institutionen.

Ländliche Entwicklung

Österreich unterstützt die nachhaltige ländliche Entwicklung in Armenien durch den Transfer von Know-how, den verbesserten Zugang zu Wissen, Innovationen und Märkten, die Erhöhung der lokalen Wertschöpfung, die Steigerung der Produktivität auf Basis nachhaltiger, klimaresistenter Produktionsmethoden und durch ein nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen. Der Fokus liegt dabei auf Vieh- und Weidewirtschaft sowie auf nachhaltiger und biologischer Landwirtschaft. Österreich kooperiert dabei sowohl mit der

⁸ Official Development Assistance: Öffentliche Gelder von Ministerien sowie öffentlicher Institutionen auf gesamtstaatlicher, teilstaatlicher und kommunaler Ebene (z.B. Bundesländer, Städte und Gemeinden)

⁹ Kernbudget (OEZA/ADA und OEZA/BMEIA)

politischen Ebene als auch mit einzelnen Landwirtinnen und Landwirten und Agrarunternehmen vor Ort. Österreich hat auch die Durchführung des ersten Agrarzensus und die Einführung des Tierregistrierungssystems in Armenien unterstützt.

Inklusive lokale Entwicklung durch effektive Institutionen

Österreich setzt sich in seinem Partnerland für eine effizientere, partizipativere und transparentere lokale Verwaltung öffentlicher Dienstleistungen in den Gemeinden ein. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft und damit Erhöhung der Selbstbestimmung ländlicher Gemeinden ist der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dabei sehr wichtig. Im Fokus steht die aktive Beteiligung von Frauen, ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen an politischen und sozioökonomischen Prozessen.

Projektbeispiele

Nachhaltige Viehwirtschaft

Durch die Weiterentwicklung der Viehwirtschaft und den verbesserten Marktzugang sollen sich die Einkommen der Bevölkerung in rund 100 Gemeinden in den Provinzen Lori, Shirak, Tavush und Gegharkunik langfristig erhöhen.

Eine bessere Qualität des Weidelandes (z.B. durch rotierendes Grasens) und der Infrastruktur fördert eine nachhaltige Weidebewirtschaftung. Zudem wird die lokale Wertschöpfung für Milch- und Fleischprodukte in den Gemeinden erhöht: durch die Errichtung von Milchsammelstellen und die Stärkung der Kapazitäten in Weiterverarbeitungsbetrieben, etwa durch bessere Ausrüstung. Landwirtinnen und Landwirte bekommen Zugang zu veterinärmedizinischen Dienstleistungen. Sie erhalten Know-how zu innovativen Zuchtverfahren und -praktiken, damit sie die Produktivität ihrer Tiere steigern können.

Von den Maßnahmen profitieren rund 4.000 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bzw. ländliche Haushalte. Zudem genießt die Bevölkerung der Provinzen eine verbesserte Qualität der erzeugten Milch- und Käseprodukte. Aktuell arbeitet die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit zusammen mit der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit an diesen Maßnahmen.

System zur Tierregistrierung

Eines der wichtigsten Elemente bei der Weiterentwicklung der Viehwirtschaft ist die ordnungsgemäße Registrierung der Tiere. Dank technischer Unterstützung österreichischer Expertinnen und Experten gibt es nun ein System zur Identifizierung und Registrierung von Tieren. Auf Pilotfarmen lernen Landwirtinnen und Landwirte sowie Veterinärmedizinerinnen und -mediziner über die Prinzipien der ordnungsgemäßen Registrierung und des Gesundheitsmanagements der Tiere und wie sie das neue System bedienen können. Bis 2022 soll dieses landesweit eingesetzt werden.

Vertragspartner:
Strategic Development Agency (SDA)
Laufzeit:
11/2012–08/2021
OEZA-Beitrag:
rd. 3,5 Mio. Euro

Vertragspartner:
Center for Agribusiness and Rural Development (CARD) Foundation
Laufzeit:
11/2018–06/2021
OEZA-Beitrag:
rd. 740.000. Euro

Bessere Lebensbedingungen durch nachhaltige Landwirtschaft

Höhere Wertschöpfung in der nachhaltigen Landwirtschaft und in Folge ein ausgewogenes und integratives Wachstum in Nordarmenien. Das ist das Ziel eines Projektes, das die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, für UNDP Armenia umsetzt.

Damit das Konzept der nachhaltigen Landwirtschaft langfristig erfolgreich sein kann, müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein. Wichtig ist, dass das Rechtssystem und das institutionelle Umfeld so gestaltet sind, dass sich eine ökologische und inklusive Landwirtschaft entwickeln kann. Außerdem müssen landwirtschaftliche Betriebe Zugang zu Infrastruktur, grünen Technologien und landwirtschaftlichen Techniken haben. Genau hier setzt das Projekt an. Durch höhere Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter Betriebe trägt es zu nachhaltigen Veränderungen im Landwirtschaftssektor bei.

Auch zivilgesellschaftliche Organisationen, staatliche Institutionen und landwirtschaftliche Bildungseinrichtungen haben eine wichtige Funktion für inklusives Wachstum. Die Projektpartner beziehen sie daher ein. Insgesamt werden fünf Lehrgänge sowie Unterrichtsmaterialien zum Thema nachhaltige Landwirtschaft entworfen. Dadurch erhalten Vertreterinnen und Vertreter lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie des öffentlichen Sektors Expertise bei der Einführung nachhaltiger Lösungen und Innovationen.

Das Projekt kommt etwa 2.000 landwirtschaftlichen Betrieben, darunter Erzeugerverbänden, Genossenschaften und Verarbeitungsbetrieben, sowie Beschäftigten im Landwirtschaftssektor zugute. Insgesamt profitieren rund 10.000 Menschen von der erhöhten lokalen Wertschöpfung und besserer Qualität der lokalen Produkte. Das Projekt verändert also nicht nur den Landwirtschaftssektor, sondern wirkt sich auch positiv auf Handel und Tourismus aus.

Syrische Flüchtlinge in Armenien stärken

Seit Beginn der Syrien-Krise kamen 22.000 syrische Armenierinnen und Armenier in das Land. Damit hat Armenien die dritthöchste Anzahl an Flüchtlingen pro Kopf in Europa aufgenommen. Obwohl die Einstellung von Regierung und Gesellschaft positiv ist, erschwert die schwierige sozioökonomische Lage des Landes ihre langfristige Inklusion.

Ziel des Projektes ist es, die soziale und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit dieser ärmsten Bevölkerungsgruppe zu stärken. Zugang zu medizinischen und psychologischen Angeboten, Mietsubventionen für gefährdete Familien, Schulungen für Lehrende im Umgang mit traumatisierten Kindern oder die Vermittlung von Praktika als ersten Schritt in den Arbeitsmarkt sind einige der Maßnahmen.

Gemeinsam mit der EU (Kooperation mit dem EU-MADAD-Fonds) unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit das Österreichische Rote Kreuz dabei, dieses große Projekt umzusetzen. Dabei erhalten unter anderem 10.000 syrische Armenierinnen und Armenier Unterstützung im sozialen und gesundheitlichen Bereich. Zudem profitieren 3.000 Kinder und Jugendliche von verschiedenen Integrationsaktivitäten wie etwa Workshops zu Toleranz und Kinderrechten sowie Sport- und Kulturstipendien.

Vertragspartner:

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) Armenia und EU

Laufzeit:

10/2019–03/2023

OEZA-Beitrag:

2 Mio. EUR

EU-Beitrag:

9,7 Mio. EUR

Vertragspartner:

Österreichisches Rotes Kreuz

Laufzeit:

07/2018–01/2022

OEZA-Beitrag:

135.000 Euro

Wirtschaftliche Stärkung von Frauen im Südkaukasus

Seit Armenien, Aserbaidschan und Georgien in den Neunzigerjahren ihre Unabhängigkeit erlangt haben, sind Fortschritte beim Abbau der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu erkennen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nur möglich, wenn Frauen wirtschaftlich erfolgreich sind und auch wirtschaftliche Entscheidungen treffen können. Ein grenzübergreifendes Projekt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit setzt sich genau dafür ein.

Das Projekt richtet sich vor allem an arme und sozial ausgegrenzte Frauen in Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Sie erhalten Zugang zu Informationen, etwa über öffentliche Dienstleistungen sowie Bildungs- und Einkommensmöglichkeiten, die von staatlichen, privaten und Entwicklungspartnern angeboten werden. Sie lernen in Schulungen, wie man ein neues Unternehmen gründet oder ein bestehendes weiterentwickelt. Dafür bekommen sie unter anderem Wissen über Finanzplanung, Unternehmensführung und Marketing. Das Projekt hat auch zum Ziel, dass Armenien und Georgien angemessene rechtliche und politische Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Stärkung der Frauen setzen. So erhalten etwa die statistischen Servicestellen in Armenien und Georgien Unterstützung dabei, Methoden zu entwickeln, wie das geschlechtsspezifische Lohngefälle, der Beschäftigungsstatus oder der Zugang zu Ressourcen wie Land und Finanzen gemessen werden können.

Zudem wird ein politischer Dialog organisiert über die Ratifizierung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie jenes zum Mutterschutz (Nr. 183) oder jenes über Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer mit Familienpflichten (Nr. 156). Das soll politische Debatten und auch die Aufmerksamkeit der Medien auf diese Themen lenken. Die Länder erhalten Unterstützung bei der Vorbereitung von Gesetzen und Grundsätzen, die die wirtschaftliche Stärkung von Frauen vorantreiben.

Von dem Projekt, das die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit finanziert, profitieren rund 1.070 Frauen in Armenien, Aserbaidschan und Georgien.

Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen

Familien und Kinder integrativ stärken

In der Region Tavush im Nordosten Armeniens arbeitet SOS-Kinderdorf seit mehr als 25 Jahren daran, die Situation von Familien und Kindern zu verbessern, die von Armut betroffen sind. Die Region liegt an der Grenze zu Aserbaidschan und ist wiederkehrenden militärischen Konflikten ausgesetzt. Sehr hohe Arbeitslosigkeit und wirtschaftlich bedingte Abwanderung der männlichen Bevölkerung führen zu familiären Krisensituationen. Die Armutsrate bei Kindern beträgt über 40 Prozent.

Betroffene Familien werden in diesem Projekt gezielt unterstützt und erhalten etwa Zugang zu medizinischen Behandlungen, Trainings im Bereich Elternschaft und Kinderfürsorge und psychosoziale sowie materielle Unterstützung. Schulungen zu Unternehmensgründung oder IT sowie Karriereberatungen erleichtern den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Kinder und Jugendliche profitieren von Lernunterstützung, medizinischen Angeboten und Berufsberatung.

Rund 450 Kinder aus 200 Familien, davon etwa 130 Alleinerzieherinnen, aus den städtischen Gemeinden Noyemberyan, Berd und Koghb und ihren Einzugsgebieten, profitieren von den gezielten Fördermaßnahmen.

Vertragspartner:
United Nations
Entity for Gender
Equality and the
Empowerment of
Women
(UN WOMEN)

Laufzeit:
12/2018–07/2021
OEZA-Beitrag:
800.000 Euro

Vertragspartner:
SOS-Kinderdorf
Armenien
Laufzeit:
7/2015–6/2021
OEZA-Beitrag:
400.000 Euro

Gegen die Auswirkungen von COVID-19

Die Coronapandemie hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Entwicklungsperspektiven Armeniens, sowohl auf makroökonomischer Ebene als auch für die einzelnen Haushalte. Um die unmittelbaren negativen Auswirkungen abzumildern, hat die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit schnelle Unterstützung geleistet. So konnten Lebensmittelpakete und andere notwendige Güter wie Hygieneprodukte und Masken an die gefährdeten Familien verteilt werden. Im Rahmen des Projekts „Green Agriculture Initiative“ mit der EU erhielten Betroffene landwirtschaftliche Kleingeräte und Betriebsmittel. Eine andere Initiative, die über das Rote Kreuz abgewickelt wird, zielt darauf ab, die Lebensbedingungen von rund 15.000 Menschen zu verbessern. Zielgruppe sind ältere Menschen, Menschen mit medizinischen Problemen, sozial schwache Familien, die Schwierigkeiten haben, ihre Grundbedürfnisse wie Unterkunft, Ernährung, Kleidung und Bezahlung von Versorgungsleistungen zu decken.

Vertragspartner:
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) Armenia und EU; Österreichisches Rotes Kreuz und Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, Children of Armenia Fund
OEZA-Beitrag:
760.000 Euro

Service

Österreichische Botschaft

Büro für Technische Zusammenarbeit

26/1 V. Sargsyan Street, 7th Floor, Erebuni-Plaza Business Centre

Jerewan 0010

Tel.: +374 (0) 60 654 654

jerewan@ada.gv.at

www.entwicklung.at

Österreichische Botschaft

c/o Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Minoritenplatz 8, 1014 Wien

Tel.: (+43/5) 01150-3263; Fax: (+43/5) 01159-323

armenien-ob@bmeia.gv.at

www.aussenministerium.at/armenien

Österreichisches Honorarkonsulat

Sayat Nova 29, Jerewan 0001

Tel.: (+374) 10 547 547; Fax: (+374) 10 561 776

hon.consul@austrian-consulate.am

Botschaft der Republik Armenien

Hadikgasse 28, 1140 Wien

Tel.: +43 (01) 522 74 79; Fax: +43 (01) 522 74 81

Konsularabteilung: Tel.: +43 (01) 524 36 68

armenia@armembassy.at

Haykakan TV: www.haykakan.tv

TV and radio: www.armenia.tv

Armenia TV: www.armeniatv.am

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

<https://www.entwicklung.at/laender/suedkaskasus/armenien>

Landesstrategie Armenien 2012–2020:

www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/Landesstrategien/LS_Armenien.pdf

Links

Offizielle Website:

www.gov.am/en/

Zeitungen

PanArmenian Network:

www.panarmenian.net/

ArmenPress:

www.armen-press.am/eng/fr_eng.htm

Azatutyun:

<https://www.azatutyun.am/p/3171.html>

Horizon weekly (in Armenisch, Englisch, Französisch): horizonweekly.ca

Fernsehen, Radio

Armenian Public TV: www.1tv.am